



Nach Genua.

G. London, 22. Mai.

Die Zeitungen, die auf Grey und Asquith hören, und die Presse, die den Gefühlen des Lord Northcliffe und der reaktionären Tories Ausdruck gibt, bemühen sich in jener Bundesgenossenschaft, die zu den merkwürdigsten Erscheinungen der augenblicklichen politischen Konstellation in England gehört, den großen Empfang, der Lloyd George bei seinem Eintreffen in London zu Teil wurde, als eine durchaus gemachte Sache ohne jede politische Bedeutung hinzustellen. Ich bin nicht geneigt, die Bedeutung solcher Demonstrationen zu überschätzen; andererseits macht aber der bittere persönliche Satz, der die Grundlage des Grey-Northcliffe-Bundes ist — und Grey ist heute der Kandidat der Northcliffe-Presse — das Urteil dieser Blätter objektiv ganz wertlos. Tatsächlich scheint mir dieser verpönte Empfang doch jedenfalls so viel klar gemacht zu haben, daß der Fehlschlag der Genuaer Konferenz Lloyd Georges eigene Stellung in seinem Heimatland nicht geschwächt hat. Ich glaube eher das Gegenteil.

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die Konferenz als ein erster Schritt für den Wiederaufbau Europas und die Herstellung eines wirklichen Friedens mißglückt ist und zwar in erster Linie wegen der Haltung der Franzosen und in zweiter Linie wegen der der Russen, und daß dieselben Gründe, welche die Genuaer Konferenz zum Scheitern brachten, auch die Haager Konferenz von vornherein aussichtslos machten. Die öffentliche Meinung will aber Lloyd George persönlich nicht für diesen Mißerfolg verantwortlich machen; sie urteilt vielmehr, daß er sein Äußerstes getan habe, um einer Politik, hinter der 90 Prozent des englischen Volkes stehen, zum Sieg zu verhelfen, und daß das englische Volk nicht den geringsten Grund hat, sich der Rolle zu schämen, die sein erster Minister auf diesem Rat der europäischen Nationen spielte.

Man wird vielleicht zugeben, daß Lloyd Georges Methoden nicht überall über die Kritik erhoben waren; aber die Behauptung der Grey-Northcliffe-Blätter, daß an dem Scheitern der Konferenz nur das Mißtrauen, daß Lloyd Georges Persönlichkeit einflüsse, schuld gewesen sei und daß ein anderer Mann mit anderen Methoden leicht zu einem vollen Erfolg hätte machen können, wird doch nirgends wirklich ernst genommen. Und wenn die französische Presse, natürlich mit einem Auge auf die Reparationsfrage, plötzlich so tut, als ob die Konferenz die Entente schließlich doch nur gestärkt habe, so ist die durchaus vorwiegende Ansicht hier, daß sie im Gegenteil das Ende der Entente besiegelt hat. Jedenfalls hat sie das hiesige Verlangen nach einer Rückkehr zu Salisbury's Politik der „splendid isolation“ oder vielleicht besser, der freien Hand, ungemein gekräftigt. Wie dem auch sein mag, so viel scheint mir sicher, daß die englische Nation die Leistung der englischen Politik nicht einem Lloyd George aus der Hand nehmen wird, um sie in die eines Greys zu legen, so laut ihm auch die Waalsprießer der Northcliffe-Presse als den gottgewollten Staatsmann auszusprechen mögen.

Der Brief, den Grey jedoch an die Parteiversammlung der unabhängigen Liberalen richtete, war wieder, wie der „New Statesman“ es nennt, „ein Musterstück überlegter Zweideutigkeit“ und stimmte ganz zu dem Charakter dieses unaufrichtigen und reaktionären Staatsmannes, dessen überlebendes Prestige in Liberalen Kreisen einfach ein psychologisches Mittel ist. Greys Brief sucht die Ursache der Schwindsucht der Entente nicht in Frankreichs Politik, sondern in Lloyd Georges Person, und er predigt erneut „ein enges Einbernehmen mit Frankreich“ als das Heilmittel für alle Übel, wobei er es aber wieder vermeidet, auch nur mit einem Wort anzudeuten, wie er zu diesem Zweck seine eigene Politik gestalten würde; wohl aus dem guten Grund, weil er weiß, daß die von ihm empfohlene Politik, wie die Northcliffe-Politik auf die volle Unterordnung der britischen und europäischen Interessen unter die Ziele und Ideale des französischen Militarismus hinauslaufen würde. Bemerkenswert ist, daß Asquith auf der Parteiversammlung den in Greys Brief geäußerten Ideen durchaus zustimmte und dann weniger vorichtig als Grey auf Einzelheiten einging, womit er die Grey-Theorie sofort „ab absurdo“ führte. Während Grey sich bisher gehütet hat, das zentrale Problem der europäischen Politik, die Reparationsfrage, auch nur mit einem Wort zu berühren, plädierte Asquith im gleichen Atem für engle Freundschaft mit Frankreich und eine Lösung der Reparationsfrage à la Keynes, ohne offenbar zu begreifen, wie völlig unvereinbar diese Dinge sind. Siderotham, der ein aufrichtiger Liberaler und zugleich ein Freund von Lloyd George ist, meint mit Recht, während Greys Politik sich von der der französischen Reaktionäre nicht unterscheiden lasse, habe Asquith nur wieder einmal bewiesen, daß er die Fühlung mit den politischen Realitäten ganz verloren habe, und Lloyd Georges Leitblatt, der „Daily Chronicle“ antwortet Grey:

„Wir stimmen Grey alle darin bei, daß wir Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich wünschen. Aber die meisten von uns sehen heute, was offenbar nicht einmal Washington und Genua dem Lord Grey klar machen konnten, daß die militärische Politik der französischen Reaktionäre, die darnach strebt, die Spaltungen in Europa offen zu halten und ihre Probleme nicht durch Versöhnung und Wiederaufbau, sondern durch ein Draufschlagen mit der gewappneten Faust zu lösen, keine Politik ist, welche irgend ein Liberaler mitmachen kann. Soweit Genua fehlschlug, war die Ursache davon eine tief gehende Differenz zwischen der britischen und der französischen und der russischen Politik, die wir nicht schufen und deren Aufhebung durch die Konferenz nur ein Segen war.“

Ich bin überzeugt, daß die große Masse der Liberalen ähnlich urteilt und daß Grey durch seine franjozenfreundlichen Demonstrationen à la Northcliffe nur jede Aussicht zerstört hat, die er nach gehabt haben mag, je in die Stellung zurückzutreten, in der er so viel Unheil angerichtet hat.

Der erste italienische Vorschuß an Oesterreich.

Rom, 22. Mai. „Giornale d'Italia“ erfährt, daß ein Vorschlag des Finanzministers Peano von dem an Oesterreich zu gewährenden Kredite am 26. Mai ein Betrag von dreißig Millionen Lire als Vorschuß zur Auszahlung gelangt. Italien hofft, damit die übrigen kreditgewährenden Staaten zu einer raschen und ausgiebigen Beworfschaffung dieser Kredite zu veranlassen.

Die Pariser Reparationsverhandlungen.

Paris, 24. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Chefredakteur des „Journal“, Chassaing, glaubt über die letzten Vorschläge von Dr. Hermes und deren Aufnahme bei der Reparationskommission folgende Mitteilungen machen zu können:

Dr. Hermes nimmt an, daß das Moratorium endgültig gewährt ist, und daß Deutschland im Jahre 1922 750 Millionen Goldmark zu bezahlen und für eine Milliarde 450 Millionen Waren zu liefern habe, wozu noch die Kosten für die Ausgleichsbüros und die für die interalliierten Kommissionen kämen. Hermes forderte aber einen Kredit als Entschädigung für Autounfälle, wenn sie durch die interalliierten Kommissionen hervorgerufen würden, ferner Entschädigung für die früheren Eigentümer im Saargebiete. Im ganzen hätte Deutschland zum gegenwärtigen Marktkurs noch 225 Milliarden Papiermark zu bezahlen. Der Reparationskommission gelang es durchzusetzen, daß in das deutsche Budget ein wenig Ordnung gebracht wird. Es wird in drei Teile eingeteilt, nämlich: allgemeine Verwaltung, Spezialdienste und Durchführung des Friedensvertrages. Dr. Hermes erklärte, daß beim Budget für die allgemeine Verwaltung ein Überschuß von 60 Milliarden erzielt werden könne, der dem Reparationskonto zur Verfügung gestellt werden konnte. Durch die Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife wird auch das Budget der Spezialdienste ins Gleichgewicht gebracht sein. Das Budget für die Durchführung des Friedensvertrages wird Dr. Hermes so ordnen, daß die Überschüsse des allgemeinen Budgets aufzufüllen werden, ferner das Ergebnis der Zwangsanleihe im Betrag von 40 Milliarden sowie das Ergebnis der internationalen Anleihe. Es hängt also alles davon ab, daß das Anleihekomitee zum Erfolg gelange. Zum großen Teile stimmt Dr. Hermes der Einführung der internationalen Finanzkontrolle zu. Die letzten Vorschläge Dr. Hermes' könnten nach Ansicht vernünftiger und ernster Leute angenommen werden. Die Reparationskommission konnte sich aber noch nicht für vollständig befriedigt erklären, denn die Vorschläge des Reichsfinanzministers bildeten nicht die Gewähr der „dauernden Anstrengungen“, die von Deutschland am 21. März gefordert wurden. Die Vorschläge von Dr. Hermes bezögen sich nur auf die unmittelbare Zukunft. Frankreich brauche aber eine langdauernde Sicherheit, daß es bezahlt werde.

Berlin, 24. Mai. Die Beratungen des Reichskabinetts über die Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit den Mitgliedern der Reparationskommission in Paris sind gestern abend zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Man einigte sich auf neue Instruktionen an Dr. Hermes, die dem Reichsfinanzminister sofort nach Paris übermittelt worden sind, und die ihm als Richtschnur für gewisse Erklärungen an die Reparationskommission dienen sollen. Die Meldungen der Blätter über die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes aus Paris lauten weiter günstig. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß berechtigte Hoffnung auf Einigung in den wichtigsten Fragen, wie in der Finanzkontrolle, dem Kapitalfluchtgesetz und der Beschränkung der Inflation, zu bestehen scheint.

Berlin, 24. Mai. Hermes wird erst heute abend um 7 Uhr mit dem Berliner Expreß zurückkehren, und wird noch Donnerstags abend dem Kabinett über seine Verhandlungen berichten. Eine frühere Rückkehr ist unmöglich, weil der in London weilende englische Vertreter der Reparationskommission, Bradburn, erst heute in Paris zurückkehrt, und Minister Hermes mit ihm noch eine Rücksprache zu nehmen wünscht. Eine Rückkehr des Ministers Hermes nach Paris scheint zunächst nicht in Aussicht genommen zu sein. Die auf die Note der Reparationskommission bis zum 31. Mai notwendige Antwort wird wahrscheinlich von Berlin aus der Reparationskommission übermittelt werden. Über die wichtigsten Fragen besteht bereits jetzt berechtigte Hoffnung auf Einigung.

Die Verhandlungen über die internationale Anleihe.

Paris, 24. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Heute um 11 Uhr wird im Pariser Hotel Victoria, dem Sitz der Reparationskommission, das Internationale Anleihekomitee zusammentreten. Es sei daran erinnert, daß als Vorsitzender der Belgier Delacroix, und als Präsidentenstellvertreter der Italiener Danieles fungieren. Die anderen Mitglieder sind für Deutschland: Dr. Bergmann, für Frankreich: Sergent, für England: Kimberlin, für Japan: Setoka. Außerdem sind der Amerikaner Morgan und der Holländer Bissinger eingeladen, an den Beratungen des Komitees teilzunehmen. Über die Anschauungen Morgans läßt sich im Augenblick nichts Sicheres sagen.

Der „Newport Herald“ weiß mitzuteilen, daß die Tagung des Anleihekomitees 3 bis 4 Wochen beantragen werde, weil man mit zahlreichen Banken in Verbindung treten müsse, um Informationen zu erhalten. Aus ausgezeichneten unterrichteten Kreisen will das Blatt erfahren haben, daß das Komitee folgende Empfehlungen erlassen werde: Eine Verminderung der geplanten Reparationssummen müsse erfolgen. Es müsse ferner genau ausgesprochen werden, daß die Anleiher eine erste Hypothek besitzen und daß diese durch die deutschen Eisenbahnen, La Banque des Poles oder die Böhle sichergestellt werden müsse. Endlich müssen die verpflichteten Regierungen sich verpflichten, die Anleihe in ihren Staatsersteuern frei zu belassen. Verschiedene Mitglieder der Kommission würden wünschen, daß die alliierten Regierungen sich verpflichten, keinerlei militärische Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen. Aber in Kreisen der Reparationskommission werde verifiziert, daß eine solche Bedingung weder von der Reparationskommission, noch von irgend einer Regierung angenommen werden könnte, weil damit der Grundsatz der Souveränität der Staaten beeinträchtigt würde. Da jedes Anleiheprojekt von der Reparationskommission gebilligt werden müsse, so könnte nicht zugelassen werden, daß die internationalen Bankiers die Bedingungen der Durchführung militärischer Strafmaßnahmen vorschreiben. Der „Newport Herald“ warnt eindringlich davor, große Hoffnungen auf Morgan zu setzen. Es sei unrichtig, als ob er im Auftrag des Präsidenten Harding endgültige Versprechungen einer amerikanischen Hilfe nach Paris brächte.

Die große Politik der europäischen Kabinette.

w. Berlin, 23. Mai. Unter dem Titel „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst eine Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Werkes der deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist das Ergebnis der Öffnung der Archive. Das diplomatische Aktenmaterial des

deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871 bis zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Die fertigen sechs Bände werden nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten durch die deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin am 20. Juni dem Buchhandel ausgeliefert werden. Das gesamte Aktenwerk wird einen Umfang von 20 bis 22 Bänden haben und vier große Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten Jahrhunderts umfassen wird. Die erste, jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial zur Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Die deutsche Eisenbahnfrage.

Der Organisationsausschuß im Reichsverkehrsministerium hat seine Beratungen zu der vom Reichsverband der deutschen Industrie als Vorschlag zur Gesundung der Reichsbahn herausgegebenen Verhandlung „Die deutsche Eisenbahnfrage“ endgültig abgeschlossen. Der erste Teil der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie kritisiert scharf die derzeitige Lage der Reichsbahn. Der zweite Teil versucht, positive Vorschläge für die künftige Neugestaltung der Reichsbahn zu bringen. Über die Stellungnahme des Organisationsausschusses zu der Denkschrift wird jetzt folgender offizieller Bericht ausgegeben:

Die Berichterstatter des Organisationsausschusses stellen fest, daß die Sachverständigen des Gutachtens nicht erwünschte Verjüngung gemacht haben, den in der Denkschrift errechneten ungünstigen Zahlenangeben in ihren tieferen Gründen für die Lage der Reichsbahn sachlich nachzugehen. Vor allem aber ist die statistische Beweisführung sehr einseitig aufgestellt, die teils falsch, teils unvollständig ausgewertet ist. Besonders muß auffallen, daß die Denkschrift die schlechte finanzielle Lage der Reichsbahn lediglich auf die Erhöhung der persönlichen Aufwendungen und einen Rückgang der Leistungen des Personals zurückführt, aber mit keinem Worte auf die starke absolute, ja sogar relative, Steigerung der tatsächlichen Aufwendungen eingeht. Die Feststellungen der sachlichen Voraussetzungen der Kritik der Denkschrift erschüttern die Grundlage der im zweiten Teil gemachten positiven Vorschläge für eine Umstellung der Reichsbahn in eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft. Der Ausschuß hält eine Änderung der Wirtschaftspolitik, wie sie die Denkschrift vorschlägt, nicht für notwendig und kommt am Schluß seiner Beratung zu einem ablehnenden Urteil des von den Gutachtern vertretenen Standpunktes. Die von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen hält der Organisationsausschuß nach wie vor für die geeigneten Grundlagen zu einer nachhaltigen Gesundung der Reichsbahn.

Daß der Organisationsausschuß im Reichsverkehrsministerium zu einer Ablehnung der vom Reichsverbande der deutschen Industrie gemachten Vorschläge gekommen ist, ist nicht weiter verwunderlich. Immerhin muß bedauert werden, daß man an zutändiger Stelle wohlhermogene Vorschläge zur Gesundung unseres Eisenbahnwesens gering achtet gegenüber einer Verkehrspolitik, an der allgemein berechtigte Kritik geübt wird.

Die Wiener Säger in Berlin.

w. Berlin, 23. Mai. Im Festsaal der Staatsoper fand heute nachmittags ein feierlicher Empfang des Wiener Wänergesangsvereins durch den preussischen Unterrichtsminister Boelck statt, bei dem der Minister die Wiener herzlich begrüßte. Nach dem Unterrichtsminister sprachen Dr. Gernmann Kienzl als zweiter Vorsitzender des österreichisch-deutschen Volksbundes und der Vorsitzende des Wiener Männergesangsvereins, Dr. Heinrich Krügel, warme Worte des Dankes und der Freude über den Empfang. Zu Ehren der Wiener Gäste gelangte die Operette von Johann Strauß „Die Fledermaus“ unter der musikalischen Leitung des Generalmusikdirektors Leo Blech zur Aufführung. Eine besondere Überraschung wurde allen Zuhörern dadurch bereitet, daß die Säger aus Wien im zweiten Akt als Konzerteilnehmer den Walzer „Am der schönen blauen Donau“ sangen, wofür sie rauschenden Beifall erliefen. Wenig nach der Berliner Sängerbund im Konzerthause seinen Wiener Freunden einen Kommerz, in dessen Verlauf der Berliner Behergesangsverein, der Erfolge Männergesangsverein und die Wiener Gäste sangen.

Lloyd George über die Besetzung des Ruhrgebietes.

Paris, 24. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der politische Korrespondent der „Ball Mall-Gazette“ erfährt, daß Lloyd George nicht den 29. Mai abwarten werde, um eine Erklärung über eventuelle Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland abzugeben, sondern daß er bereits am Donnerstag gelegentlich der Debatte über die Konferenz von Genua die Außenpolitik im Allgemeinen erörtern werde, um die Ansichten der englischen Regierung über die Frage von Sonderstrafmaßnahmen der einzelnen Regierungen gegenüber Deutschland zu besprechen. Dadurch würde, der „Ball Mall Gazette“ zufolge, der französischen öffentlichen Meinung Gelegenheit gegeben, noch vor dem 31. Mai ihre Ansicht zu bekunden. Der „Ball Mall Gazette“ zufolge würden die Worte, die Lloyd George aussprechen werde, eine scharfe Warnung für die Franzosen bedeuten. Lloyd George widersteht sich jeder Besetzung des Ruhrgebietes, nicht als ob eine solche den englischen Interessen widerspreche, sondern weil die Besetzung eine Gefährdung für Frankreich und für den europäischen Frieden bedeute. Diese Ansicht des Ministerpräsidenten würde übrigens vom ganzen Kabinett geteilt und man zweifelt auch nicht daran, daß das englische Parlament diese Anschauung billigen werde.

Privatkredite für Oesterreich.

Wien, 23. Mai. (Wiener Corr.-Büro.) Die in London mit dem Vertreter der Morgangruppe und englischen Bankiers wegen der Gewährung eines Privatkredites an Oesterreich geführten Verhandlungen haben zunächst das Ergebnis gehabt, daß der Kreditplan Rosenberg günstig aufgenommen worden ist und ein Kredit von acht bis zehn Millionen Pfund in Aussicht gestellt wurde, wobei jedoch die Entschädigung von den Entschuldigungen Morgans abhängig gemacht wurde. Im Falle prinzipiell günstiger Entscheidungen sollten Delegierte in Wien die Grundlagen des Kreditplanes Rosenberg überprüfen und die Einzelheiten mit der österreichischen Regierung vereinbaren. Nach den heute eingetroffenen Bescheiden ist die Entsendung von Delegierten des Hauses Morgan nach Wien beschlossen worden.

Zagung des Reichsverbandes der Industrie.

D. Hamburg, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Verhandlungstag der Tagung der Deutschen Industrie brachte eine Aussprache über die beiden getragenen Vorträge. Als erster Redner sprach Staatssekretär Dr. August Müller über die russische Frage. Dr. Müller, der erst vor kurzem im Auftrag des Reichsverbandes in Rußland gewesen ist, war in der Lage, auf Grund selbst gewonnener Eindrücke zu berichten. Der Vortragende führte u. a. aus:

Es ist überraschend, mit welcher Zuversicht die Russen davon überzeugt sind, daß allein der Deutsche ihnen Hilfe bringen kann. Diese Auffassung ist bei dem gemeinen Mann durch unsere militärischen Erfolge an der Ostfront verstärkt worden. Die Russen haben den strengeren Kommunismus in der Wirtschaft namentlich innerhalb des Binnenhandels und des Kleinhandels aufgegeben. Über die Dauer des bolschewistischen Systems läßt sich sagen: Ein Zusammenbruch dieses Regimes ist nicht erwünscht, weil diesem Zusammenbruch ein Chaos folgen würde. In Rußland hat ein Transformationsprozeß eingesetzt, zunächst auf ökonomischem Gebiete, der sich auf Verwaltungs- und Regierungsmassnahmen erstrecken wird. Wenn Deutschland und die übrigen Weltmächte Rußland zu helfen, dann müssen wir zweierlei verlangen, erstens in rechtlicher Beziehung, daß Verhältnisse geschaffen werden, die den Wiederaufbau ermöglichen, zweitens in wirtschaftlicher Beziehung, daß ein System geschaffen wird, das nicht Impulse totschlägt, sondern den Wiederaufbau fördert.

Über den Stand der Herrichtung der russischen Volkswirtschaft macht sich kaum jemand eine zutreffende Vorstellung. Am katastrophalsten ist der Zustand der Landwirtschaft. Im Hungergebiet ist nur mit 26 bis 30 Prozent Anbaufläche zu rechnen. Die Russen gehen zwei Wege: Sie wollen Konzessionen vergeben und gemischtwirtschaftliche Gesellschaften begründen. Die Selbstbewirtschaftungen von der russischen Staatsbank und auf diese Bank haben ihre großen Bedenken. Niemand in Rußland wechelt bei der Staatsbank Geld ein, nur der harmlose Deutsche. Ebenso bedenklich sind die Bestimmungen für die Konzessionenübertragung. Der Konzessionär muß als Entscheidung an der Staat nicht nur einen Teil seiner Produktion, sondern auch eine bestimmte Geldsumme zahlen. Wichtig ist auch das Gebiet der Rechtsprechung. Man bemüht sich, aus dem Stadium der Rechtslosigkeit herauszukommen und Gesetze zu schaffen. So ist auch ein allgemeines Obligationensrecht erlassen worden. Aber dieses Recht erhält die Bestimmung, daß der Vertrag für nichtig erklärt werden kann, wenn seine Beobachtung für den Staat offenbar nachteilig wirkt. Trotzdem kann man in Rußland ein Geschäft machen. Man läßt eben mit sich handeln. Die Schlussfolgerung ist die, daß es für die deutsche Industrie ein Gebot hoher Vorsicht ist, das russische Problem als eine große Aufgabe anzusehen, an der die Industrie beteiligt sein muß. Deutschland muß mit großer Vorsicht vorgehen, dazu aber mit Einheitslichkeit. Das Abkommen von Rapallo ist als Rahmenvertrag aufzufassen, der auszufüllen ist.

Darauf ergriff Dr. Prämmer das Wort zu einem Vortrag über Industrie und Weltmarkt. Die Beschlüsse von Genoa sind nur Empfehlungen, so führte er aus, und doch ist der Nutzen nicht gering. Denn wir haben den Willen dafür frei bekommen, daß nur die Mittel zur den Handelsverträgen und der Wirtschaftsförderung einen Wiederaufbau der Weltwirtschaft ermöglichen. Der Redner berichtete dann eingehend von den angedachten Erfolgen in Genoa. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß Frankreich nicht ruhen werde, bis es seine Hand auf das Ruhrgebiet gelegt hat. Wir stehen vor einer Periode von neuen Handelsverträgen. Die deutsche Wirtschaft muß sich über die Richtlinien dieser Wirtschaftsverhandlungen klar werden. Das Ziel kann sein die Mittel zur Produktionismus oder zum Freihandel. Solange nicht wieder sichere Verhältnisse geschaffen sind, besteht keine Möglichkeit, den Freihandel wieder einzuführen. Hamburg hat den Kampf gegen die Außenhandelskontrolle, die von der Industrie getragen wird, in einer Form geführt, die tief beklagenswert ist. Trotzdem bitten wir die Hamburger Handelsstreife, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, um eine Reform der Außenhandelskontrolle herbeizuführen.

Im Namen der Hamburger Exporteure sprach George Simon über die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens zwischen Handel und Industrie. Denn ein gesunder Handel sei nur durch Exporteure möglich. Er bot der Industrie zu dieser Zusammenarbeit die Hand. — Hierauf sprach Professor Warmbold (Berlin) über Industrie und Landwirtschaft. Die wirtschaftlichen Umwälzungen haben die Verhältnisse zwischen Industrie und Landwirtschaft stark verändert. Durch eine enge Zusammenarbeit dieser beiden großen Zweige der Volkswirtschaft können Güter, die wir im Ausland unrettbar verloren haben, im Inneren wiedergewonnen werden. Wir sind technisch in der Lage, unser Volk reichlich zu ernähren, können dies aber praktisch nicht ausführen, da sich die landwirtschaftlichen Verbesserungen erst nach einer Generation einführen. In dieser Hinsicht können wir viel von Amerika lernen. Vom Jahre 800 bis 1840 war Deutschland Selbstversorger. Es konnte seine Bevölkerung mit eigener landwirt-

schaftlicher Produktion überreichlich ernähren. Mit Ausbreitung der Industrie sind Amerika und Rußland unsere Verfolger geworden. Ein großer Faktor für die Landwirtschaft sind die Düngemittel, während kleinere Betriebe noch animalischen Dünger benutzen, sind große Betriebe auf künstliche Düngemittel angewiesen. Im Jahre 1918 betrug die Industrieproduktion 18 Milliarden Goldmark. Davon hat die Landwirtschaft etwa 8 Milliarden aufgenommen. Die Produktion der deutschen Landwirtschaft beträgt heute etwa 20 bis 25 Prozent weniger als im Jahre 1913. Wir müssen, um von dem Auslande unabhängig zu sein, unsere eigene landwirtschaftliche Produktion heben. Industrie und Landwirtschaft müssen gemeinsam arbeiten zum Besten unserer gesamten Volkswirtschaft. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion spricht Dr. Krause einige Wünsche der Landwirtschaft aus. Die deutsche Landwirtschaft würde gern noch mehr Industrieprodukte abnehmen, wenn sie von der Industrie Hilfe erhalten würde. Etwa ein Zehntel der Reichsfläche liege noch brach. Hier könne die Industrie große Dienste leisten, z. B. durch Bodenverbesserung, durch rationelle Wassernutzung und Bewässerung. Eine weitere Aufgabe der Industrie sei eine großzügige Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln, Verbesserung in der Samenzüchtung und Ausbau der Konfektionsindustrie.

Hier von Braun spricht als Vertreter der Landwirtschaft und fordert die gegenseitige Unterstützung von Industrie und Landwirtschaft. Zum Schluß hielt Rudolf Blohm einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Industrie und Verkehr. Er übte an der Tarifpolitik der Eisenbahnen scharfe Kritik und forderte den Ausbau der Kanäle. Darauf gab er noch reichliches Zahlenmaterial über den Ausbau der deutschen Handelsflotte. Hierauf schloß der Vorsitzende Dr. Sorge mit dem Danke an alle Teilnehmer die Tagung.

Aus dem Freistaat Sachsen.

Dresden, 22. Mai. Das Volksbegehren betreffend die Auflösung des Landtages ist eingeleitet. Der zwischenparteiliche Ausschuss für die technische Durchführung des Volksbegehrens, dem alle bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtages angehören, hat die Vorarbeiten bereits soweit durchgeführt, daß am 6. Juni die Eintragungslisten in allen Gemeinden des Landes zur Auslage kommen können. In diese Listen haben sich alle diejenigen wahlberechtigten Staatsangehörigen einzutragen, die die Auflösung des Landtages „begehren“. Wenn sich rund 200 000 Wähler (d. h. der zehnte Teil derjenigen, die bei der letzten Landtagswahl ihre Stimme abgegeben haben), in die Listen eingetragen haben, wofür bis zum 19. Juni Zeit gegeben ist, gilt das Volksbegehren als abgeschlossen und die Regierung muß nach der Verfassung das Volksbegehren dem Landtage unterbreiten. Wenn dieser dem Begehren stattgibt, also sich auflöst, erübrigt sich der Volksentscheid, im Weigerungsfalle muß die Regierung diesen herbeiführen.

Daß die 200 000 Stimmen für das Volksbegehren zusammenkommen, ist kaum zu bezweifeln, wenn auch die sozialdemokratischen Parteien alle Geißel in Bewegung setzen werden, um die Wahlberechtigten von der Eintragung in die Listen abzuhalten. Die Auflösungsfrage wird also den Landtag jedenfalls noch einmal beschäftigen. Wie diesmal die Abstimmung im Landtage ausfallen wird, hängt von den Kommunisten ab, die bereit sind, die Regierung und den jetzigen Landtag am Leben zu erhalten, wenn ihnen eine Reihe von Forderungen bewilligt wird, die in ihrer Gesamtheit aber unerfüllbar sind.

Der Versuch der Regierung, die Einleitung des Volksbegehrens dadurch zu verschleppen, daß sie den Antrag der bürgerlichen Parteien zurückwies, weil der Nachweis nicht erbracht war, daß die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei in Sachsen die erforderlichen 20 000 Mitglieder zählen, ist fehlgeschlagen. Da die nötigen Unterschriften für den Antrag rasch herbeigeschafft waren. Nimmehr wird die Regierung versuchen, die zur Beratung stehenden wichtigsten Gesetze, die unheilvolle Gemeindeverfassung und das Schulbesetzgesetz, schleunigst noch vor gegenwärtigen Landtage durchzuführen zu lassen. Diefem Veruche werden indessen die bürgerlichen Parteien voraussichtlich dadurch entgegenwirken, daß sie bei verhängnisvollen Abstimmungen das Stimmrecht verweigern können.

Die A. G. G. in Oesterreich.

D. N. Die Republik hat von dem alten Kaiserstaat eine Anzahl Staatsbetriebe übernommen. Der Ausdehnung nach am größten ist die Wöllersdorfer in Wiener-Neustädter Industriegebiet, die bedeutendste Munitionsfabrik der Monarchie, deren Übergang an die Berliner A. G. G. in der übernächsten Woche von Nationalrat beraten werden soll.

Als in den ersten Monaten nach der Revolution noch der Sozialisierungswahn in die Köpfe der sozialdemokratischen Führer unnebelte, sollten die Staatsbetriebe zu Muster-

anstalten umgewandelt werden, die „Genossen“ wählten der Welt betreiben, welche schöpferische Kraft im Proletariat stehe. Die Ermächtigung hat sich bald eingestellt. In der Arbeiterschaft wurde Sozialisierung mit Autoritätslosigkeit verwechselt. Statt daß es gelungen wäre, die Staatsbetriebe zu einer Blüte emporzuführen, verfielen sie zum Teil in Anarchie. Ob sie nun in sogenannte „gemeinwirtschaftliche“ Unternehmungen umgewandelt wurden, sozusagen in das Eigentum der Arbeiterschaft unter Staatsbeteiligung übergingen, oder noch weiterhin in der vollen staatlichen Abhängigkeit verblieben: ihr Schicksal ist das gleiche geworden, ihre eigenen Einnahmen decken nicht im Entferntesten die Ausgaben, und trotz größter Aufwendungen des Staates ist ihre Umstellung vom Kriegs- auf allgemeinen Friedensbetrieb gar nicht oder nur unvollkommen gelungen. Infolge der gesteigerten Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind heute auch die großen privaten Industriewerke desorganisiert. Über ihre Leistungen und Ergebnisse stehen immer noch turmhoch über jenen Unternehmungen, in denen und mit denen die „Genossen“ ihre Kunst beweisen wollten. Die Unternehmereigenschaft ist eben etwas, was nicht massenhaft vorhanden ist, und wer sie hat, spürt nicht in sich das Bedürfnis, sie zugunsten mehr oder weniger kommunistischer Experimente auszumünzen. Von weiteren Sozialisierungen ist man deshalb auch auf sozialdemokratischer Seite abgesehen, und der langdauernde Widerstand gegen den Verkauf des umfangreichen Staatsbetriebes, Wöllersdorfer, ist unter der Macht der Tatsachen zusammengebrochen. In einer Expertise hervorragender österreichischer Industrieller über die Zukunft der Wöllersdorfer Werke im Jahre 1910 ist das Wort gefallen: „Mit einer Dampfmaschine darüberfahren!“ Mittlerweile ist der monatliche Betrieb abgegangen auf zwei Millionen Kronen angewachsen, und die von Regierung und Nationalrat eingesetzte Erforschungskommission hat sich dahin ausgesprochen, daß der Staat, wenn nicht die Abführung auf andere Interessenten durch Verkauf gelänge, eine Unmenge Geld ersparen würde, wenn er Wöllersdorfer einfach zusperrte und die sämtlichen Arbeiter und Beamten lebenslanglich pensionierte.

Die baltischen Randstaaten in Genoa.

Sm. Reval, 10. Mai. (Eigene Meldung.) Der aus Genoa zurückgekehrte estnische Finanzminister Westel gab interessante Aufschlüsse über die Randstaaten auf der Konferenz in Genoa. In bezug auf den Vertrag von Rapallo hatten die Randstaatendelegierten einen durchaus neutralen Standpunkt eingenommen. Die russische Frage habe sie direkt nur in bezug auf die russischen Schulden interessiert. Nach dem Programm sollten auch die Staaten, welche auf russischem Gebiet errichtet und Teile russischen Gebiets enthalten, an der Abtragung der russischen Schulden teilnehmen. Aus Verhandlungen mit den übrigen baltischen Staaten in dieser Frage ging hervor, daß Polen und Finnland davon wenig berührt werden. Polen hatte bereits früher versprochen, an der Abtragung der russischen Schulden teilzunehmen, während Finnland auf dem Standpunkt stand, daß es die russischen Schulden nicht zu übernehmen brauche, da es schon in russischer Zeit eine unabhängige Finanzwirtschaft hatte. In dieser Frage hätte die lettische und die estnische Delegation allein dem Standpunkt ganz Europas gegenübergestellt. Es sei jedoch gelungen, sich mit Polen und Finnland dahin zu einigen, daß sie darauf hinarbeiten würden, daß die Schuldenfrage nicht zur Beratung käme. Minister Westel wies darauf hin, daß die kleine Entente unter Führung des Ministers Beneß eine ausgeprochen pan-slawistische Politik befolge. Die Grundlage der Beneßschen Politik sei die Wiederherstellung Rußlands in alter Gestalt zu ermöglichen, um dann mit diesem neuen Rußland in enge politische und wirtschaftliche Annäherung zu treten. Aus dieser Politik erkläre es sich, daß die kleine Entente die Randstaaten noch immer nicht anerkannt habe.

Verchiedene Mitteilungen.

— Hindenburg in Ostpreußen. Hindenburg ist am Dienstag in Pillau eingetroffen. Im Hafen hatten sämtliche Schiffe geflaggt. Schulen und Vereine mit ihren Bannern und ein Teil der Garnison waren aufmarschiert. Eine Ehrenwache der Pillauer Pflanzenspartei war angetreten. Hindenburgs Aufenthalt in Ostpreußen soll dem Besuch von Bekannten und Verwandten des Generalfeldmarschalls und den Besichtigungen der historischen Stätten und der Schlachtfelder Ostpreußens gewidmet sein. Der Generalfeldmarschall wird ferner auch an der Schutzbundstagung in Marienburg teilnehmen. Auch Königsberg wird den Ritter Ostpreußens in seinen Mauern sehen.

— Neue soziale Gesetzesvorlagen sind vom Wohlfahrtsministerium vorbereitet worden. Der Entwurf eines Tuberkulosegesetzes steht die Anmeldepflicht Lungenschwindsüchtiger vor. Eine neue Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte ist ebenfalls ausgearbeitet worden; ebenso ein Gesetz über die Krankenpflege und die Apotheken. Auch die Hygiene der Luft soll gesetzgeberisch geregelt werden.

Die Nichte aus Amerika.

Eine heitere Geschichte von G. von Stofmanns. 152

Das änderte sich alles mit einem Schläge. Dolores verschwand aus seinem Gesichtsfeld, denn ihr Gatte wurde verhaftet, und er selbst in einer diplomatischen Mission nach den Vereinigten Staaten geschickt. Zugleich schrieb sein Bruder Walter, daß er von Jahr zu Jahr mehr Geld verbräuche, und sein Konto schon allzusehr belastet sei. Wenn es so fortginge, würde er sein schönes Kapital bald aufgebraucht haben.

Das gab ihm zu denken. Er war weder gewillt, noch in der Lage, sich ernstlich einzuschränken und mußte, daß ein Diplomat ohne Vermögen keine Karriere machen kann. Ruth Eulenpiegel tauchte vor seinem inneren Auge auf, und da er doch nach Amerika ging, beschloß er, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, und ihren Vater, Thies Weiners, aufzusuchen. Auf Gerüchte und Mutmaßungen gab er nichts. An Ort und Stelle wollte er sich von den Verhältnissen und dem Besitz des Deutsch-Amerikaners überzeugen, und, um ganz sicher zu gehen, zugleich bei den deutschen Konsulaten Erkundigungen einziehen.

Mit der ihm eigenen Energie und Gewandtheit führte er diesen Entschluß auch durch, und das Resultat war überraschend, glänzend und befriedigend.

Thies Weiners empfing den Stiefsohn seiner ältesten Schwester mit echt deutscher Gastlichkeit in seinem schönen Hause in Domburg und führte ihn dann zu Pferde und im Auto auf seinen wunderbaren Besitzungen umher. Will mußte gestehen, so großartig und großzügig hatte er sich die Verhältnisse nicht gedacht. Wie ein kleiner König herrschte dieser Mann über ein mächtiges Gebiet und ein Heer von Leuten, und seiner Tatkraft und Intelligenz war es gelungen, auch die weniger guten Partien wieder, und in hohem Grade nutzbar zu machen.

Dieser Mann gefiel Will nicht nur, er nötigte ihm auch allerhöchste Achtung ab, und alles, was er selbst sah und hörte, dachte sich mit den Schilderungen, die man ihm unterwegs von dem Weinersschen Reichtum gemacht hatte. Ruth stieg in seiner Schätzung von Stunde zu Stunde, und wenn er bedachte, daß sie seit Monaten in Rußland, und für ihn ohne Schwierigkeit erreichbar war, begriff er seine eigene Gleichgültigkeit und stumme Abwehr nicht mehr. Sein ganzes Bestreben war nun, auf Thies Weiners

und seine Frau einen möglichst guten Eindruck zu machen, was ihm auch gelang, denn erbat und erhielt er von seiner Behörde beurlaubt einen Urlaub von einigen Wochen, und da er nicht sofort abreisen konnte, schrieb er, ganz erfüllt von seinen neuen Plänen und Hoffnungen, als Erklärung des vorangegangenen Kabellegramms, an Frau Wesenberg folgenden Brief:

„Liebe Mutter! Ich treffe in vierzehn Tagen ungefähr in Rußland ein, zu kurzem Urlaub, und hoffe, Dich und die ganze Familie dann dort vereint zu finden. Wundere Dich nicht über meinen plötzlichen Entschluß. Außer dem Wunsch, Euch zu sehen, führt mich eine besondere Angelegenheit in Dein Haus. Du hast mir wiederholt von Deiner Nichte Ruth geschrieben, und den Hoffnungen, welche Du an ihren Aufenthalt knüpfst, einen berechtigen Ausdruck verliehen.

Ich habe nie darauf reagiert. Die Sache erschien mir nicht wichtig genug, und die kleine Person gehört offenbar zu der Art von Frauen, die mich nicht reizt. Nun aber, da eine dienstliche Angelegenheit mich nach Nordamerika führte und ich Gelegenheit hatte, mich an Ort und Stelle über die Verhältnisse Deines Bruders Thies zu orientieren, sind mir die Augen übergegangen von dem goldenen Glanz, welchen der schlichte deutsche Name Weiners dort, über Quadratmeilen hinweg, verbreitet. Zugleich erfreuen sich Deine Verwandten eines ausgezeichneten Rufes, und es wäre sträflicher Leichtsinns, wollte ich weiter in meiner Passivität verharren. Eine solche Gelegenheit kehrt nicht wieder. Die kleine Dollarprinzessin ist in Deinem Hause, ist ganz in Deiner Hand und, wie ich aus Deinen Briefen ersehe, noch vollkommen frei. Das freut mich, und darum komme ich jetzt nach Rußland. Ich werde täglich mit ihr zusammen sein, werde spielend ihre Liebesgewinnen, und sie, nach ihrer Rückkehr, in Amerika sofort heiraten. Die Millionen ihres Vaters werden dadurch möglichst bald auch in meine Tasche fließen, und meine Laufbahn sich in der erfreulichsten Weise entwickeln, die mir schon seit Jahren als wünschenswert vorgezeichnet hat.

Daß Ruth im allgemeinen jungen Männern gegenüber noch kindlich unbefangen oder herb verschlossen ist, schreckt mich nicht. Mir hat noch kein Weib widerstanden, und es wird mir ein leichtes sein, auch dieses unerfahrene junge Geschöpf zu bezaubern und zu gewinnen. Sicherer und bequemer, wie die beabsichtigte, kann eine Brautfahrt garnicht sein, und wenn ich bei dieser Heirat, auch Opfer zu bringen habe, so hoffe ich doch, sie auf die Dauer nicht zu bereuen. Ein kluger Mann weiß sich auch in der Ehe seine

Freiheit zu wahren, und Deine Nichte wird einfach Waß in meiner Hand.“

Frau Konsul Wesenberg liebte diesen Sohn über alles. Sie meinte, für ihn sei das Beste gerade gut genug, und das Los seiner Frau auf jeden Fall beneidenswert, aber als sie von dieser vorzeitigen Siegesgewißheit, dieser kalten, nüchternen Berechnung las, welche Ruths Glück auch nicht einen Augenblick in Erwägung zog, wurde ihr doch unbehaglich zu Mut, und die Verantwortung, welche sie ihrem Bruder Thies gegenüber auf sich genommen hatte, ließ allerlei Zweifel und Bedenken in ihr aufsteigen.

Doch nicht für lange. Die gesteigerte häusliche Tätigkeit und die Mühsal von Walter drängten sie sehr bald in den Hintergrund, und dann kam Will selbst, kam, sah und siegte, wie gewöhnlich, so auch diesmal, auf der ganzen Linie. —

Mit einer Ausnahme allerdings. Als die allgemeine Begrüßung vorüber war und er mit der Hauptperson, dem Gegenstand seiner hochfliegenden Pläne bekannt gemacht werden sollte, zeigte es sich, daß Ruth spurlos verschwunden war.

Man fand das ärgerlich und unpassend, glaubte aber, es handle sich um eine ihrer Eulenpiegelen, und war fest überzeugt, daß sie plötzlich wieder auftauchen würde, aber Stunde um Stunde verzog, ohne sie zurückzubringen. Statt ihrer kam nur am späten Abend ein Brief an Frau Wesenberg, der eine Einlage enthielt, und als die alte Dame die beiden Schriftstücke genauer betrachtete, brach sie mit einem Schredenruf fassungslos zusammen. Ein tödlicher Zufall hatte Ruth Bills verhängnisvollen Brief in die Hände gespielt, und es war nicht der Zufall allein. Sie selbst hatte sich im Drange der Geschäftseiner Fahrlässigkeit schuldig gemacht, und dieses Versehen rückte sich nun auf höchst peinliche Weise.

Zugleich mit Bills Brief aus Amerika war nämlich einer von Thies Weiners angekommen, in dem ihr Bruder den vorteilhaften Eindruck schilderte, den ihr ältester Stiefsohn auf ihn und seine Frau gemacht hatte. Diesen Brief sollte Ruth lesen, um gleich von vornherein für Will günstig beeinflusst zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Bieberbusch für Jugendvereine. M.-Glabach 1922, Hoffmanns-Verlag G. m. b. H. Tafelbücher, Labordruck 2,75 M. Das Buchlein ist ein nicht leicht zu finden als eine Zusammenfassung der bekanntesten und beliebtesten Jugend-, Bollen- und Vereinslieder, deren Melodien zum weitaus größten Teil allgemein bekannt sein dürften.

